

**Ansprache von
Oberbürgermeister
Daniel Schranz
zur Einbringung des städtischen Haushalts 2019
in der Sitzung des Rates
der Stadt Oberhausen am 24. September 2018**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Verehrte Ratsmitglieder,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,
meine Damen und Herren!

Wenn ich an den Anfang meiner Rede zur Einbringung des städtischen Haushaltes 2019 ein Zitat stelle, ist das vielleicht nicht übermäßig originell; ich tue es aber trotzdem. Denn dieses Zitat bündelt den Anspruch, den viele Menschen an die Finanzpolitik der öffentlichen Hand haben, auf treffliche Weise in dem einen Satz:

„Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Großzügigkeit im Besonderen.“

Dieser Satz, meine Damen und Herren, ist schon etwas älter, er stammt von dem langjährigen britischen Außenminister und späteren Premierminister Anthony Eden, beschreibt jedoch auch ziemlich genau unsere aktuelle Herausforderung im Hinblick auf den städtischen Haushalt.

Sparsamkeit wird hier von gleich zwei Seiten allgemein erwartet: von der Kommunalaufsicht, die über den Haushaltsausgleich nicht nur wacht, sondern davon überzeugt werden muss, dass wir ihn auch tatsächlich erreichen werden, und von den Bürgerinnen und Bürgern, die kein Verständnis für weitere Belastungen, insbesondere Steuererhöhungen, haben. Großzügigkeit – oder sagen wir zurückhaltender: Auskömmlichkeit – wird gleichzeitig aber auch an vielen Stellen eingefordert, wie etwa die heutigen Ratsvorlagen zur Übernahme von Trägeranteilen zur Finanzierung der Kindertageseinrichtungen freier Träger oder zur notwendigen

Finanzierung von Kostensteigerungen bei Baumaßnahmen aufgrund der aktuellen Marktlage zeigen.

Vor diesem Hintergrund dürfen wir in Oberhausen vielleicht nicht nur ein wenig stolz sein auf den erreichten Haushaltsausgleich von 2017 und aller Voraussicht nach auch in 2018, die ersten ausgeglichenen Haushalte seit 25 Jahren. Und deshalb will ich an den Anfang auch den ausdrücklichen Dank für die damit verbundene Arbeit an unseren Kämmerer Apostolos Tsalastras stellen.

Das Ziel für 2019, meine Damen und Herren, kann natürlich nur der dritte Haushaltsausgleich in Folge sein und, damit es nicht unausgesprochen bleibt: ein ausgeglichener Haushalt ist kein Selbstzweck, denn wir sind gesetzlich zu ihm verpflichtet und würden ansonsten alle Investitionschancen in die Zukunft unserer Stadt verlieren, die wir so dringend brauchen.

Deshalb werden wir auch weiterhin alle unsere Kraft einsetzen müssen, den Haushalt auch weiterhin auszugleichen, was bereits mit Blick auf die zitierte widersprüchliche Forderung nach Sparsamkeit und Großzügigkeit keine einfache Aufgabe ist. Erschwerend kommt dabei noch hinzu, dass die Haltbarkeit von Einnahmen- und Ausgabenplanungen ein Problem darstellt, denn was heute völlig richtig erscheint, kann sich morgen schon als überholt entpuppen.

Der Haushalt des kommenden Jahres wird aber leider einer besonderen – und man muss hinzufügen: unnötigen – Belastungsprobe ausgesetzt. Vielleicht wird sich der ein oder andere von Ihnen noch an meine letztjährige Rede zur Haushaltseinbringung erinnern – und an meine Mah-

nung, dass Veränderungen bei der Gemeindefinanzierung nicht zu einer Verschlechterung der Finanzausstattung von uns und anderen finanzschwachen Großstädten führen dürfen. Genau das tritt nun aber ein, indem die Landesregierung das sogenannte sophia-Gutachten zum Gemeindefinanzierungsgesetz und weitere Veränderungen umsetzt. Dies führt dazu, dass Oberhausen im kommenden Jahr ca. neun Millionen Euro Landeszuweisungen weniger erhält, als wir mit dem bisherigen Verteilungsschlüssel erhalten hätten. Und das ist, meine Damen und Herren, um es klar und deutlich zu sagen, nicht in Ordnung.

Die Tatsache, dass Oberhausen hier nicht alleine steht, sondern dieses Schicksal etwa mit Bottrop, Gelsenkirchen und Hamm teilt, macht es dabei nicht besser: Denn welchen Sinn soll es haben, wenn Zuweisungen des Landes von den mittelgroßen Städten mit hohen Soziallasten in einwohnerstärkere Städte mit geringeren Soziallasten umgeschichtet werden, wenn die Städte im Stärkungspakt Stadtfinanzen nach Berechnungen des Städtetages insgesamt fast 90 Millionen Euro verlieren? Ich kann auch über unsere eigene Oberhausener Betroffenheit hinaus darin keinen Sinn erkennen, und das ist der Grund, warum ich in den vergangenen Monaten zahlreich Gespräche auf Landesebene geführt habe, um genau davor zu warnen. Und deshalb müssen wir das auch jetzt klar und deutlich artikulieren, um wenigstens eine weitere Verschlechterung durch eine zweite Umsetzungsstufe des sophia-Gutachtens oder eine Debatte um die Abschmelzung der Einwohnerveredelung, der größtenbedingt höheren Ausgaben von Großstädten im Vergleich zum ländlichen Raum, zu verhindern.

Zur Wahrheit gehört gleichzeitig, meine sehr geehrte Damen und Herren, dass eine andere Gesetzesinitiative der Landesregierung dazu geeignet

ist, den zuvor erschwerten Haushaltsausgleich durch eine Novellierung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements wieder zu erleichtern. Wenn die Mittel für den Unterhalt unserer Gebäude ab dem nächsten Jahr als investive Mittel angesetzt werden können, wird das zu einer Entlastung des konsumtiven Teils des Haushaltes und damit zum Ausgleich beitragen. Unglücklicherweise führt dieser Gesetzentwurf aber zu einer paradoxen Situation, da das neue Recht zwar ab dem 1. Januar 2019 gelten soll, der Haushalt aber nach dem alten Recht aufzustellen ist. Was wiederum zu der ärgerlichen Situation führt, dass sich im Haushaltsentwurf eine erneute Erhöhung des Grundsteuer B-Hebesatzes wiederfindet.

Um es direkt vorweg zu nehmen: ich gehe fest davon aus, dass wir die Bürgerinnen und Bürger auch diesmal nicht mit einer Erhöhung belasten müssen. Aber ich verstehe auch gut, dass es Bürgerinnen und Bürgern schwer verständlich zu machen ist, wenn zunächst Steuererhöhungen geplant werden müssen, um dann doch auf sie zu verzichten, zumal so auch schnell der Eindruck erweckt werden kann, dass irgendwie ständig die Steuern erhöht würden. Tatsächlich ist es uns aber bereits bei der Verabschiedung des Haushaltes 2018 gelungen, eine Lücke von acht Millionen Euro ohne Steuererhöhungen zu schließen und auch die im Haushaltssanierungsplan für 2019 doppelt geplanten Eventualmaßnahmen zur Grundsteuererhöhung werden nicht benötigt. Ich setze alles daran, dass uns dies bis zur Verabschiedung des Haushalts für 2019 auch ein drittes Mal gelingt.

Bei den Stadtfinanzen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir insgesamt auf dem richtigen, auf einem guten Weg. Und das gilt nicht alleine für das Spannungsfeld von Sparsamkeit und Großzügigkeit, son-

dern dazu trägt auch die entstandene Dynamik in unserer Stadt bei. Ein Ausdruck dessen ist – neben der allgemein guten Konjunkturlage – die außerordentlich positive Entwicklung unseres Arbeitsmarktes.

Es ist fast ein wenig untergegangen, dass die Arbeitslosenquote auf einem Hoffnung machenden Tiefstand angekommen ist. Denn die aktuelle Quote von 10,1 Prozent bedeutet nicht alleine, dass wir kurz davor stehen, in Oberhausen endlich wieder eine einstellige Arbeitslosenquote aufzuweisen – nach einem zwischenzeitlichen Höchststand von immerhin 17,8 Prozent (im Februar 1988). Die aktuellen 10,1 Prozent sind auch der beste Wert seit 1992. Schauen wir alleine auf die bloße Zahl der Quote unabhängig von der Berechnungssystematik ist dies sogar der beste Wert seit – sage und schreibe – 1981, seit 37 Jahren, seit den großen Verwerfungen, die die letzte Etappe des Niedergangs der Montanindustrie in Oberhausen hinterlassen haben. 1981 war der 29jährige Wolfgang Große Brömer noch Unterbezirksvorstandsmitglied der Oberhausener Jungsozialisten, die Kollegin Stehr wechselte von der Grundschule auf die weiterführende Schule und ich wurde gerade eingeschult!

Diese Entwicklung zeigt, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, was die Chance unserer aktuellen Ansiedlungsprojekte zusammen mit einer stabilen Konjunktur bedeutet: dass sich diese Dynamik noch viel stärker in unserem Arbeitsmarkt und auch in unserem Haushalt niederschlagen kann als das bisher erfreulicherweise schon der Fall ist.

Und deshalb ist es gut, dass wir in unserer heutigen Ratssitzung den Weg frei machen können für das geplante Edeka-Zentrallager, mit dem sich gleich fünf Tagesordnungspunkte beschäftigen. Über die Chancen

ist hinlänglich gesprochen worden. Wir hoffen auf bis zu 1.500 Arbeitsplätze, von denen wir zum Teil in doppelter Hinsicht profitieren können. Erstens, weil wir sozialversicherungspflichtige – und im Übrigen auch tarifgebundene – Jobs und damit Steuereinnahmen bekommen. Und zweitens, weil hoffentlich auch viele Langzeitarbeitslose Beschäftigung finden und wir dadurch von Transferleistungen entlastet werden.

Ähnliches gilt auch für das ehemalige Thyssengrundstück gleich neben der Edeka-Fläche. Hier will der britische Gewerbeparkbetreiber Segro 130.000 Quadratmeter Hallenfläche errichten. Den ersten Bauabschnitt haben wir bereits genehmigt, die Bauanträge für zwei weitere liegen uns zur Prüfung und Genehmigung vor.

Wir brauchen weitere Jobs und dazu weitere Ansiedlungen von Unternehmen und deshalb freue ich mich, dass am Mittwoch die Auftaktveranstaltung zu unserem Projekt Masterplan Wirtschaft stattfindet, einer Kooperation von Stadt und owt mit der Industrie- und Handelskammer, der Unternehmerversbandsgruppe, der Kreishandwerkerschaft, dem DGB, der Agentur für Arbeit und dem Fraunhofer Institut Umsicht. Das ist ein gutes Zeichen für Gemeinsamkeit zugunsten des Standorts Oberhausen.

Gleichzeitig wissen wir aber auch, meine Damen und Herren, dass der Sockel der Langzeitarbeitslosigkeit nach wie vor so groß ist, dass wir auch einen sozialen Arbeitsmarkt brauchen. Wenn das von der Bundesregierung geplante Programm zur Teilhabe aber funktionieren soll, dann müssen die Plätze auch auskömmlich finanziert werden.

Erfreulich ist, dass die Dynamik in unserer Stadt für verschiedene Branchen und Flächen gilt: Neben der wichtigen Entwicklung unserer Gewerbeflächen geht es auch in der Neuen Mitte voran. Die Pläne für den weltgrößten Fitness-Freizeit-Park „The Mirai“ werden konkreter und über 60 Partner haben ihr Interesse verschriftlicht. Die beiden neuen Hotels konnten ihr Richtfest feiern, der FoodCourt auf dem Stahlwerksgelände wird erweitert. Und die owt hat die Arbeit an einem Masterplan Tourismus aufgenommen, um die Erfolgsgeschichte Städtetourismus weiter zu schreiben.

Die Revitalisierung der Innenstädte bildet schließlich die dritte Säule unserer Strategie und auch hier zeigen sich in allen drei Stadtteilen Erfolge. In Osterfeld konnte das Preisgericht für den geplanten Multifunktionskomplex mit Jugendzentrum, Stadtteilbibliothek und Veranstaltungsräumlichkeiten am vergangenen Mittwoch einen Siegerentwurf des Kölner Architekten Gernot Schulz prämiieren, der wahrlich eine große Chance zur Aufwertung der Osterfelder City bietet. In Sterkrade wird es mit dem Kleinen Markt weitergehen. Für den Umbau des alten Kaufhofs in der Alt-Oberhausener Innenstadt konnten wir vor kurzem die Baugenehmigung überreichen, der Baubeginn soll Anfang November sein. Damit, aber auch mit der tollen Architektur unseres neuen Verwaltungsgebäudes am Altmarkt oder der Millionen-Investition in den Edeka-Supermarkt befindet sich die Marktstraße, die uns bekanntlich noch immer Sorgen bereitet, ganz deutlich auf dem Weg der Besserung.

Ganz sicher wird es aber trotz bis zu 80 Millionen Euro Fördergeldern nicht den einen großen Befreiungsschlag für die Stadtteilzentren geben. Wie fast überall reden wir auch hier von einem Prozess, der viel Geduld, Fleiß und gute Ideen erfordert. Und deshalb ist es auch wichtig, dass wir

in Sachen Sauberkeit und Sicherheit weitermachen und nicht aufgeben, sei es mit den Ordnungsoffensiven, der Mobilen Wache oder der geplanten gemeinsamen Anlaufstelle von Polizei und Ordnungsdienst, für die wir nun hoffentlich einen Standort gefunden haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

erfreulicherweise ist aber auch die Zahl der weiteren, wichtigen Investitionen in die Zukunft unserer Stadt groß. Dies gilt für Jahrhundertprojekte wie den Emscherumbau, bei dem heute Morgen der neue Abwasserkanal Emscher bis Bottrop in Betrieb genommen werden konnte. Ende 2020/Anfang 2021 wird es dann bei uns so weit sein und wir können schon bald die Metamorphose einer Kloake in ein grünes Naherholungsgebiet erleben. Bei der Betuwe-Line konnten wir uns zwischenzeitlich mit der Bahn auf ein Sicherheits- und Rettungskonzept vereinbaren. Das war und ist eine gute Nachricht für die Sicherheit aller Anwohnerinnen und Anwohner – pünktlich zur Übergabe des ersten Überführungsbauwerks an der Rosa-/Rothoffstraße von der Bahn an uns als Stadt.

Ein Blick in die heutige Tagesordnung des Rates zeigt aber auch, was ein ausgeglichener Haushalt zusammen mit den Förderprogrammen von EU, Bund und Land an Investitionen in Oberhausen möglich macht:

- Im Verkehr etwa eine Dynamische Wegführung in der Neuen Mitte und ein neues Verkehrsmanagement auf der Mülheimer Straße,
- im Schulbau nach dem kürzlichen Spatenstich am Heinrich-Heine-Gymnasium und Bauarbeiten an der Hartmannschule und der Gesamtschule Osterfeld als nächste Schritte der Umbau der ehemaligen Hauptschulen Eisenheim und Alstaden als neue Grundschulstandorte,
- im Kindertagesbereich nach den Neu-, Um- und Erweiterungsbauten am John Lennon Platz, am Umlandpark und der ehemaligen St. Martin

Schule nun die Erweiterungen der Kindertageseinrichtungen Rechenacker, Ackerstraße und Biefang,

- im Sport wird neben zahlreichen Plätzen und Hallen gerade das Freibad Revierpark Vonderort saniert,
- in der Kultur soll neben dem Gasometer auch das Theater saniert werden,
- und last not least bekommt der Wohnungsbau nach dem Spatenstich an der Biefangstraße, auch an der Lilienthalstraße, an der Dinnendahlstraße, an der Blockstraße und an der Jägerstraße die Impulse, die wir brauchen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

es geht voran und das ist gut so. Wir sind auf dem richtigen Weg, das ist meine feste Überzeugung, wenn auch noch lange nicht am Ziel. Dass dabei auch etwas schief gehen kann, dass die Dinge irgendwann und an irgendeiner Stelle anders laufen als wir uns das wünschen, gehört mit zur Wahrheit. Wir werden vielleicht Rückschläge erleiden, aber diese werden uns nicht davon abhalten, den eingeschlagenen Weg weiter zu verfolgen. Und dieser Weg ist erfreulicherweise zu ganz großen Teilen ein gemeinsamer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle sind gewählt worden, um nach sorgsamer Abwägung der Fakten zum Wohle unserer Stadt die richtigen Entscheidungen zu treffen. Aus meiner Sicht ist uns das an bemerkenswert vielen Stellen in bemerkenswerter Einmütigkeit gelungen. Und deshalb hat mein Dank an Sie alle zwar inzwischen schon eine gewisse Tradition, kommt aber gleichwohl immer noch aus voller Überzeugung. Bedanken möchte ich mich bei Ihnen allen dafür, dass Sie trotz aller Meinungsverschiedenheiten keinen

Riss durch unser Stadtparlament zugelassen haben. Dafür, dass auch bei schwierigen Diskussionen die Regeln des fairen Umgangs miteinander eigentlich nie verlassen wurden. Und nicht zuletzt geht mein Dank an Sie auch dafür, dass uns alle, die wir hier sitzen, ein wichtiger Wunsch als gemeinsame Klammer vereint: nämlich der Wunsch, immer das Beste für unsere Heimatstadt Oberhausen zu erreichen.

Vielleicht ist es kein Zufall, vielleicht gibt es sogar einen Zusammenhang zwischen der vorherrschenden Tonlage im Stadtrat und der Tatsache, dass auch in unserer Stadtgesellschaft der Spaltpilz bisher noch keinen Nährboden gefunden hat. So oder so können wir aus meiner Sicht sehr stolz darauf sein, denn selbstverständlich ist dies mit Blick nach Chemnitz oder Köthen ganz sicher nicht.

Fest steht in jedem Falle: Oberhausen bleibt eine tolerante und weltoffene Stadt. Auch dies ist in Zeiten von Fake News und permanenten Krisen, von Abschottung und Nationalismen mehr als eine Randnotiz wert. Allein mit unserer MULTI – schon wieder etwas, worauf wir stolz sein können – setzen wir Maßstäbe, die keinen internationalen Vergleich scheuen müssen. „MULTI First“, so habe ich jetzt übrigens vernommen, ist inzwischen zum neuen Motto unter den Teilnehmern des internationalen Jugendaustausches geworden, was mir – wenig überraschend – allemal besser als „America or anyone else First“ gefällt. Vor allem aber ist es ein schönes Zeichen dafür, was wir durch unsere gemeinsame Arbeit vielleicht auch bewegen können.

Glückauf!